
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 3

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

am 20.06.2012

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Brigitte Cziehso (SPD)

Dieter Mendrina (SPD)

Hans-Jörg Piasecki (SPD)

anwesend bis 16.55 Uhr

Heinz Steffen (SPD)

Walter Teumert (SPD)

Peter Vaerst (SPD)

Wolfgang Barrenbrügge (CDU)

Peter Dörner (CDU)

Wilhelm Jasperneite (CDU)

Helmut Krause (CDU)

anwesend ab 16.15 Uhr

Gerhard Meyer (CDU)

Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Michael Klostermann (FDP)

Werner Sell (DIE LINKE.)

Helmut Stalz (FWG)

Jens Hebebrand (SPD)

Bernd Engelhardt (SPD)

Theodor Rieke (SPD)

Hubert Zumbusch (CDU)

Wolfgang Schilken (FDP)

sachkundige Bürger

Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel (GFL)

anwesend ab 16.10 Uhr

Von der Verwaltung

Herr Stratmann, KD

Herr Appel, L FD 10

Frau Scholz, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Fraktion

weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Barrenbrügge begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2

053/12

Entwurf des Jahresabschlusses 2011

Punkt 3

086/12

Entwurf des Gesamtabschlusses 2010

Punkt 4

052/12

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2012

Punkt 5

074/12

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Umweltzentrum Westfalen GmbH

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

053/12

Entwurf des Jahresabschlusses 2011

Erörterung

Herr Stratmann führt aus, dass sich aus der Ergebnisrechnung ein Plus in Höhe von 300.000 Euro ergeben hätte, welches dem Eigenkapital zugeführt werden könne. In Relation zum Gesamtvolumen des Haushaltes von rund 375 Mio. Euro sei diese geringe Abweichung von den Planzahlen eine hervorragende Leistung aller Beteiligten, der Politik, der Verwaltung und derjenigen, die den Haushalt bewirtschaften.

Zum Haushalt 2011 sei erneut der Vorschlag gemacht worden, die Kreisumlage zu senken. Dies habe der Kreistag im Dezember beschlossen und somit die Belastungen der Städte und Gemeinden zum Jahresende deutlich reduziert.

Aufgrund der geringen Eigenkapitalausstattung sowie der nicht vorhandenen Ausgleichsrücklage sei der Kreis gezwungen, seine Aufwendungen vollständig über die Kreisumlage zu finanzieren. Durch die hohe Belastung an Sozialleistungen habe der Kreis eine deutlich höhere Kreisumlage als andere Kreise. Sie zähle mit zu den höchsten Kreisumlagen in Nordrhein-Westfalen. Dies sei der sozialen Infrastruktur der letzten 20 bis 30 Jahre geschuldet.

Der Kreis habe eine solide Liquiditätsslage. Allerdings führe dies nicht dazu, dass die Kreisumlage verändert werden könne. Tageweise würde überschüssige Liquidität kurzfristig angelegt. Zum Monatsende sei regelmäßig die Aufnahme von Liquiditätskrediten erforderlich. Trotzdem handele es sich um eine positive Nachricht, auch für die Ausschussmitglieder als politisch Verantwortliche. Aber mit einem Plus in Höhe von 300.000 Euro sei der Kreis immer noch nicht an der Stelle, wo die Politik ihn gerne hätte. Demnach solle 1 % der Bilanzsumme die Eigenkapitalausstattung sein. Dies habe der Kreis noch nicht erreicht, sei aber auf einem soliden und langfristigen Weg in diese Richtung.

Herr Appel berichtet anhand von Folien, welche dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt sind. Im Anschluss an seinen Vortrag verweist er auf Seite 83 des Jahresabschlusses 2011 und teilt mit, dass die Klage statt im Mai 2012 beim Landgericht Düsseldorf am 29. Juni 2012 beim Landgericht Dortmund eingereicht werde.

Herr Stratmann informiert darüber, in welche Richtung es zukünftig bezüglich Chancen und Risiken für den Kreis gehe. Insbesondere die sozialen Transferleistungen würden für den Kreis eine erhebliche Belastung darstellen. Diese Belastung werde zukünftig nicht geringer und daher habe der Kreis beim Landkreistag, gemeinsam mit anderen Spitzenverbänden, leider ohne den Städte- und Gemeindebund, dafür geworben, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz strukturell verändert werde. Seit 20 bis 30 Jahren werde bereits über eine Änderung des Gesetzes nachgedacht. Sinnvoll wäre eine Zusammenführung von Finanz- und Aufgabenverantwortung. Für eine derartige Änderung gebe es inzwischen verschiedene Hinweise, wissenschaftliche Studien und Forderungen aus kommunalen Spitzenverbänden. Er bittet die Ausschussmitglieder um Mithilfe, indem sie dafür werben.

Des Weiteren möchte Herr Stratmann hervorheben, dass der Kreis erhebliche Leistungen gegenüber dem Landschaftsverband erbringen müsse. Dieser benötige das Geld dringend für die Eingliederungshilfe behinderter Menschen. Er sage das deshalb so deutlich, weil zwischenzeitlich ein Urteil vorläge, das der Landschaftsverband Rheinland für sich erstritten habe. Daraus gehe hervor, dass die Landschaftsverbände als Umlageverbände nicht weiter ihre Ausgleichsrücklage bzw. ihr Eigenkapital opfern müssten, sondern es sei Aufgabe der Umlagesysteme, die laufenden Aufwendungen zu finanzieren. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe habe in den letzten zwei Jahren seine Ausgleichsrücklage erheblich in Anspruch genommen. Man könne nicht darauf hoffen, dass der Landschaftsverband in Zukunft bei einem Wegfall der Ausgleichsrücklage eine Eigenkapitalfinanzierung vornehme. Es müsse damit gerechnet werden, dass der Landschaftsverband vom Kreis mehr Geld benötige. Zurzeit bezahle der Kreis 81 Mio. Euro Landschaftsumlage.

Herr Stratmann teilt mit, dass der Landrat kürzlich in Berlin bei der Landkreisversammlung gewesen sei und dort habe es ein Gespräch mit dem Bundesfinanzminister Schäuble gegeben. Der Bundesfinanzminister habe angedeutet, er könne sich vorstellen, dass der Bund sich mehr als bisher oder sogar überwiegend an den Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte beteilige. Bundesweit würden 12 Milliarden Euro für diesen Bereich verausgabt. Eine Beteiligung zu 50 Prozent würde annähernd zu einer Halbierung der Landschaftsumlage führen und man könne auf eine positive Veränderung hoffen.

Herr Stratmann führt aus, dass im Haushalt bei den Kosten der Unterkunft ein Betrag in Höhe von 85 Mio. Euro stehe. Hier habe man gedacht, dass sich bei einem guten Konjunkturverlauf dort Änderungen ergeben würden. Die aktuelle Erkenntnis sei, dass das zur Verfügung stehende Geld ausreiche.

Auf Nachfrage von Herrn Meyer antwortet Herr Stratmann, dass man zurzeit nicht sagen könne, ob mit einer höheren Kostenbeteiligung des Bundes bei den Kosten der Unterkunft zu rechnen sei. Im letzten Jahr wäre die Bundesbeteiligung im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket von 23 auf 26,4 Prozent erhöht worden. Im Jahr 2007 habe die Bundesbeteiligung noch 31,2 Prozent betragen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel regt für die Gruppe GFL an, dass aufgrund der steigenden Belastungen über die Gremien im Landschaftsverband mittelfristig darauf hinzuwirken sei, dass sich der Landschaftsverband von seinem Beteiligungsvermögen (z.B. Provinzial, RWE) löse.

Des Weiteren bittet Herr Prof. Dr. Hofnagel die Verwaltung um eine Skizzierung zur Umstellung der

Zahlungsströme in Bezug auf den Redebeitrag von Herrn Stratmann zum Thema Zusammenführung von Finanz- und Aufgabenverantwortung. Hierzu wären Argumentationslinien sehr hilfreich, denn dann könne man in den Gremien eine Diskussion zu diesem Thema vorantreiben.

Er regt an, bezugnehmend auf den Bericht Jahresabschluss zu den Konsequenzen aus einzelnen Kennzahlen einen Aktions-/Maßnahmenplan zu entwickeln, um sich auf gewisse Maßnahmen verständigen zu können.

Frau Cziehso teilt mit, dass der Jahresabschluss ein gutes Bild der Situation des Kreises wiedergebe und er Ausdruck des guten Wirtschaftens sei. Zunächst werde er dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt und dann zur Beschlussfassung in den Kreistag gegeben. Zur Anmerkung von Herrn Prof. Dr. Hofnagel bezüglich des Landschaftsverbandes könne sie sich nicht vorstellen, dass man dem Landschaftsverband Vorgaben bezüglich seiner Beteiligungen machen könne. Vorstellen könne sie sich aber durchaus, das Thema mit dem Landschaftsverband zu erörtern und die Mitglieder der Landschaftsversammlung entsprechend zu informieren bzw. zu beauftragen. Anfang August werde in der Finanzstrukturkommission eine Kennzahlendiskussion geführt und die aktuelle Situation abgeklärt.

Herr Stratmann sagt zu, dass das Rundschreiben des Landkreistages zum Gemeindefinanzierungsgesetz, dem Ausführungen zur Zusammenführung von Finanz- und Aufgabenverantwortung zu entnehmen seien, als Anlage zur Niederschrift gegeben wird (s. Anlage 2).

Bezüglich des Einwandes von Herrn Prof. Dr. Hofnagel zur Auflösung der Beteiligungen teilt Herr Stratmann mit, dass sich damit die entsprechenden politisch Verantwortlichen beim Landschaftsverband auseinandersetzen müssten. Diese Forderung gebe es bereits sei einem längeren Zeitraum. Aber diese Entscheidung müsse man in Respekt vor der Eigenverantwortung des Landschaftsverbandes den Gremien vor Ort überlassen. In der Vergangenheit habe sich der Landschaftsverband bereits von vielen Dingen getrennt und zurzeit mache es keinen Sinn, z.B. RWE-Aktien zu verkaufen.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 30.05.2012 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2011 (einschl. Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

086/12

Entwurf des Gesamtabchlusses 2010

Erörterung

Herr Appel berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt ist.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 01.06.2012 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2010 (einschl. Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

052/12

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2012

Erörterung

Herr Stratmann teilt mit, dass die Zahlen die zum 31.03.2012 ermittelt worden seien, sich im Laufe des Jahres fortsetzen würden. Bei den Kosten der Unterkunft würde sich eventuell eine Verbesserung einstellen. Interessant sei der Hinweis auf das Einheitslastenabrechnungsgesetz. Dieses Gesetz sei beim Verfassungsgerichtshof in Münster auf Klage von 90 Städten und Gemeinden für null und nichtig erklärt worden. Für den Kreis bedeute dies, dass die bereits gebildete Rückstellung in Höhe von 307.000 Euro wieder aufgelöst werden könne. Eine Ergebnisverbesserung werde möglicherweise am Ende des Jahres vorliegen.

Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 31.03.2012 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

074/12

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Umweltzentrum Westfalen GmbH

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag stimmt den in der Anlage dargestellten Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Umweltzentrum Westfalen GmbH zu. Die Vertreter des Kreises Unna in der Gesellschafterversammlung werden ermächtigt, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Vortrag Geschäftsführer der Gesellschaften

Herr Stratmann teilt mit, dass der Ausschuss die Verwaltung beauftragt habe, alle Geschäftsführer der Gesellschaften, insbesondere zu den Finanzdaten, im Ausschuss vortragen zu lassen. Für die nächste Sitzung sollen die Geschäftsführer eingeladen werden. Jede Gesellschaft bräuchte aller Voraussicht nach ca. eine Stunde für den Vortrag. Die Sitzung werde voraussichtlich bis ca. 20/22 Uhr dauern.

Herr Barrenbrügge teilt ergänzend mit, dass er sich anfangs eine Art Klausurtagung, mit Beginn 11 Uhr, vorgestellt habe. Dies sei allerdings aufgrund eines Beschlusses aus dem Ältestenrat nicht möglich. Demnach dürfe keine Sitzung vor 16 Uhr beginnen.

Frau Cziehso bezweifelt, dass die Zeitvorgabe von einer Stunde pro Gesellschaft ausreiche und möchte daher im Ältestenrat klären, ob die Sitzung ausnahmsweise früher, ab ca. 14 Uhr, stattfinden könne.

Aus dem Ausschuss kommt von mehreren Seiten der Vorschlag, die Vorträge der Gesellschaften in zwei Sitzungen zu verteilen. Man einigt sich auf die Vorgehensweise, zwei Sitzungen anzusetzen mit jeweiligem Beginn um 16 Uhr. Die Verwaltung werde die entsprechenden Planungen vornehmen.

Hinweis: Die Sitzungen wurden zwischenzeitlich auf den 25.09.2012 (zusätzlicher Sitzungstermin) und den 01.10.2012 (regulärer Sitzungstermin) terminiert.

Kunstsammlung Brabant

Herr Stratmann teilt mit, dass die Verwaltung den Auftrag erhalten habe, sich mit dem Sammler auf eine mögliche Übergabe der Kunstwerke in eine noch zu gründende Stiftung zu einigen. Hier sei man auf einem guten Weg. Die entsprechenden Unterlagen sind dieser Niederschrift als Anlage 4 beigefügt. Rückfragen könnten jederzeit an die Verwaltung gerichtet werden. Es gebe den Entwurf eines Stiftungsgeschäftes, eines Stiftungsvertrages und eines Erbvertrages. Zunächst solle dies bitte vertraulich behandelt werden. Ende des Jahres könnten bereits entsprechende Beschlüsse der zuständigen Ausschüsse und des Kreistages vorliegen. Herr Stratmann macht deutlich, dass es sich hierbei um einen Entwurf handele und somit Änderungen möglich seien.

Ende der Sitzung

17.05 Uhr

Anlagen

1. Folienpräsentation „Jahresabschluss 2011“ - Bericht Herr Appel
2. Schreiben vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2012
3. Folienpräsentation „Gesamtabschluss 2010“ - Bericht Herr Appel
- 4.

Barrenbrügge

Vorsitzender

Scholz

Schriftführerin